

An das

Urwahlbüro

Per E-Mail an urwahl@gruene.de

„Stellt Eure Fragen“

Liebe Alessa,

hiermit übersende ich Dir meine Antworten auf die 25 gevoteten Fragen.

Mit herzlichen Grüßen



WAHLKREIS- UND REGIONALBÜRO
LANGE GEISMARSTR. 73
37073 GÖTTINGEN

+49 551 531-60 90

+49 5551531-5460

JUERGEN.TRITTIN@WK.BUNDESTAG.DE

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

+49 30 227-72247

+49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE

WWW.TRITTIN.DE

1. *B90Grüne haben in den letzten Jahren zunehmend das Thema Naturschutz und Artenvielfalt zum programmatischen Wurmfortsatz nach Themen der Sozialpolitik, Frieden oder technischem Umweltschutz abgewertet oder ganz aufgegeben. Naturzerstörende, nicht-nachhaltige Formen von "Bio"-Sprit, "Bio"-Energie und oder "Bio"-Landwirtschaft werden von Umweltverbänden thematisiert und in den politischen Diskurs gebracht, von unserer Partei kommt da nicht mehr viel, auch weil entsprechende Exponenten es nicht mehr in die Führungsgremien der Partei schaffen. Frage: Werden Sie sich für eine Renaissance des Themas Naturschutz einsetzen, und wenn ja, wie?*

Die Beobachtung ist nicht zutreffend. Die Bewahrung der Artenvielfalt und der Naturschutz sind grüne Identitätsthemen. Als Umweltminister habe ich die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes mit dem Verbandsklagerecht durchgesetzt für neue Nationalparks ebenso stark gemacht wie für das grüne Band. In den letzten Jahren hat die Bundestagsfraktion ein umfassendes Konzept zum Biodiversitätsschutz vorgelegt. Wir Grüne haben auf Probleme - wie die Vermaisung bei der Förderung der Bioenergie, die Klima- und Umweltschädlichkeit importierten Futtermittels immer wieder hingewiesen und Lösungsvorschläge unterbreitet. Von daher braucht es keine Renaissance dieses Themas bei den Grünen, sondern einen langen Atem, um diese Themen gesellschaftlich durchzusetzen.

2. *Liebe(r) Kandidat(in), wirst Du Dich für das bedingungslose Grundeinkommen einsetzen?*

Der Parteitag in Nürnberg hat dieses Modell zu Recht zurückgewiesen und sich für eine grüne Grundsicherung ausgesprochen. Weniger Sozialbürokratie und die Abschaffung jeglicher Existenzangst in einer reichen Gesellschaft, das klingt erst einmal attraktiv. Doch geht dies an den Problemen vieler Menschen aus breiten Milieus unserer Gesellschaft vorbei. Teilhabe heißt in unserer Gesellschaft immer noch, am arbeitsteiligen wirtschaftlichen Geschehen dieser Gesellschaft beteiligt zu sein. Über Teilhabe an Arbeit läuft ein großer Teil der gesellschaftlichen Integration, der Anerkennung, der Sinnstiftung. Einem kleinen Teil der Gesellschaft mag es vielleicht gelingen, über spontane kulturelle Aktivitäten sozial eingebunden zu bleiben. Für die überwiegende Mehrzahl aber heißt Arbeitslosigkeit: Isolation, Depression, Exklusion. So droht das Grundeinkommen im Ergebnis dazu zu führen, dass wir Exklusion alimentieren. Zudem ist die Finanzierung eines Grundeinkommens in existenzsicherender Höhe nicht vereinbar mit unseren anderen Projekten zur Stärkung von Teilhabe und Gerechtigkeit.

3. *Der "Club of Rome" hat bereits zum 2. Mal deutlich gemacht, dass es kein unendliches Wachstum gibt. Wie stehst du zu der Wachstumsfrage und könntest du dir (wenn du Wachstum kritisch gegenüber stehst) Handlungsalternativen in der Wirtschaftspolitik vorstellen die zu einem verminderten und gleichzeitig sozialverträglichem Wachstum führen, wenn ja welche wären das.*

Fakt ist: Die Wachstumsrate ist in den entwickelten Gesellschaften in letzten Jahrzehnten immer weiter gefallen. Wir müssen unsere Ziele ohnehin mit weniger Wachstum erreichen. Zentral ist es, dass wir nicht nachlassen beim Versuch, die absolute Entkopplung zwischen volkswirtschaftliche Wertschöpfung und Material- und Ressourcenverbrauch zu schaffen. Dazu müssen in allen Bereichen ökologisch motivierte und berechnete, strikte und ambitionierte absolute Grenzen für Emissionen und Ressourcenverbrauch festgelegt werden, die die technologische

Entwicklung vorantreiben und Reboundeffekte begrenzen, wie wir es beim Emissionshandel durchgesetzt haben. Ressourceneffizienz wird so zur Folge von Emissionsbegrenzungen und nicht zum Ersatz. So etwas gibt es natürlich nur mit Grünen an der Regierung.

Die strukturelle Abhängigkeit unseres Wirtschaftssystems von Wachstum ist ein Problem. Sie resultiert aus dem Produktivitätsfortschritt, der Rationalisierung auf dem Arbeitsmarkt, dem Wachstumstreiber Staatsverschuldung und der steigenden Ungleichheit unserer Gesellschaft, die den Aufstieg der unteren Schichten nur über ständiges Gesamtwachstum organisieren kann. Man kann und sollte weiter versuchen, diese systemische Wachstumsabhängigkeit zu verringern. Durch Umverteilung, mehr öffentlich geförderte Jobs, mehr Jobs im Dienstleistungs- und Wissensbereich. Aber: Das sind sehr langfristige und schwer umsetzbare Reformen.

4. Was wirst du tun, um die Schere zwischen Arm und Reich wieder zu reduzieren.

Privater Reichtum bei öffentlicher Armut, das können wir uns nicht länger leisten. Eine Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Hand - und das bedeutet zwingend auch Einnahmeverbesserungen - ist für mich Grundbedingung einer grünen Regierungsbeteiligung. Wir haben in der Fraktion einen Gesetzesentwurf zu einer Vermögensabgabe vorgelegt, fordern eine Verdopplung des Erbschaftsteueraufkommens, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49%, eine Abschaffung der Abgeltungssteuer.

Die oben genannten Maßnahmen sind maßvoll, wohlüberlegt und von den Wohlhabenden leicht zu bewältigen. Der private Wohlstand der Bürger ist in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren unaufhörlich gestiegen. Nach den Zahlen des neuen Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung hat sich in diesem Zeitraum das Nettovermögen der privaten Haushalte mehr als verdoppelt, auf über 10 Billionen Euro. Die reichsten 10 Prozent unserer Gesellschaft besitzen zwei Drittel des gesamten Vermögens. Das reichste Tausendstel, also etwa 82.000 Menschen, besitzen nach Zahlen des DIW ein Netto-Vermögen von über 1.600 Milliarden Euro. Umverteilung ist aber nicht der einzige Hebel zur Behebung der ungerechten Verteilung in Deutschland. Gute Lohn- und Arbeitsmarktpolitik sorgt mit dafür, dass sich der Reichtum schon vor der Umverteilung durch Steuern besser in der Gesellschaft verteilt. Das ist gerecht, denn Reichtum ist niemals selbstgemacht.

*5. Liebe Kandidat_innen! Die 1952 gegründete Atlantik-Brücke e.V. gilt als eine der effektivsten und konservativsten Pressuregroups in Deutschland. Die Mitgliedschaft in diesem mit namhaften Personen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft besetzten Verein kann nur durch Nominierung und Kooptation durch den Vorstand erreicht werden. Die Arbeitsweise ist durch Verschwiegenheit und mangelnde Transparenz gekennzeichnet, trotz unmittelbarer Nähe von Politik zur Wirtschaft. Diese nicht-offizielle, nicht-demokratisch legitimierte Struktur trägt dazu bei, dass Schranken zwischen Wirtschaft und Politik verschwinden und selbsternannte Eliten zunehmend wieder an Gewicht gewinnen. Mitglieder der Atlantik-Brücke waren maßgeblich in CDU-Parteispendenskandale involviert. (vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Atlantik-Brücke>) Bist du Mitglied der Atlantikbrücke? Wenn ja - in welcher Funktion, und welche Aufgabe hat die Atlantikbrücke, der du dich mit deiner Mitgliedschaft dort stellst?
Danke.*

Nein.

6. *Wie steht ihr zur weiterführenden Trennung von Staat und Kirche (wie z.B. zum Sonderstatus der Kirchen im Arbeitsrecht, zu Kirchengeldzahlungen aus allgemeinen Steuergeldern oder zum Einzug der Kirchensteuer durch den Staat und die damit verbundene Angabe der Konfession auf der Lohnsteuerkarte auch im Hinblick einer echten diskriminierungsfreien Religionsfreiheit)?*

Es bedarf einer klaren Trennung zwischen Kirche und Staat. Dies ist in Deutschland weitgehend gesichert. An einigen Stellen aber muss dringend nachjustiert werden. Ausnahmeregelungen im kirchlichen Arbeitsrecht, die Diskriminierungen und schlechtere Bezahlungen zur Folge haben, sind zu überwinden. Auch Gehaltszahlungen aus allgemeinen Steuergeldern gehören auf den Prüfstand. Nur weil sich die Beziehungen zwischen Kirche und Staat seit Jahrhunderten entwickelt haben und in Staatsverträgen festgeschrieben wurden, heißt das nicht, dass sie nicht auch einer kritischen Überprüfung standhalten müssen. Kirchen sind Anstalten des öffentlichen Rechts und haben folglich Rechte, aber auch Pflichten und sind in besonderer Weise an unsere Verfassung gebunden.

7. *Ein Teil des grünen Haushalts und eine häufig wiederkehrende Förderung ist der Abbau sinnloser Subventionen. Welche Subventionen würdest du abbauen und weshalb?*

Zu allererst müssen umweltschädliche Subventionen abgebaut werden - denn hier gibt es eine doppelte Dividende: wir sparen öffentliche Mittel und schützen Umwelt und Klima. Der Abbau klimaschädlicher Subventionen, u.a. mit der Abschmelzung des Dienstwagenprivilegs, den Ausnahmen bei der Ökosteuer, bei der Mineralölbesteuerung und der LKW-Maut kann bis zu 10 Mrd. Euro erbringen.

Zudem wollen wir das Ehegattinnensplitting deutlich abschmelzen. Das Ehegattensplitting setzt negative Erwerbsanreize für Frauen. Auch die EU-Kommission empfiehlt Deutschland, sich von dieser international unbekannten Subventionierung von Alleinverdiener-Ehen zu verabschieden.

Ein dritter Schwerpunkt sind die Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer. Viele von ihnen sind schlecht kaschierte Branchensubventionen, wie die schwarz-gelbe Hotelsteuer. Die schwarzgelbe Hotelsteuer gehört ebenso abgeschafft wie viele andere Ermäßigungen (z.B. Reitpferde, Skilifte, Tierfutter). Einen ermäßigten Satz soll es nur noch für Nahrungsmittel und Kultur geben.

8. *Welche Koalition bevorzugst Du, wenn es nicht für rot-grün, wohl aber für schwarz-grün oder rot-rot-grün reicht?*

Koalitionen richten sich nach den Inhalten. Das meint Grüne Eigenständigkeit - in der Opposition wie in der Regierung. Und deshalb läuft es auf eine klare Alternative hinaus: Entweder es reicht für Rot-Grün oder es kommt erneut zur Großen Koalition.

Die Linkspartei blockiert eine handlungsfähige Mehrheit links der Mitte. Sie hat ihren antieuropäischen Populismus eher verstärkt. Wer mit Gauweiler gegen den ESM klagt, bietet sich nicht als natürlicher Bündnispartner einer klar proeuropäischen Partei an. Die Linkspartei lehnt bis heute selbst klassische Blauhelmissionen, sowie friedenssichernde oder Wahlen absichernde Auslandseinsätze unter UNO Mandat ab, für die sich GRÜNE seit Mitte der

Neunziger Jahre aussprechen. Sie hat nicht im Geringsten versucht, Einnahmen- und Ausgabendimensionen bei ihren Steuer- und Sozialbeschlüssen in Einklang zu bringen. Mit Grund also fürchtet sich die Linkspartei vor dem Praxischeck. So waren auch die jüngsten Angebote der neuen Linksspitze nicht ernstgemeint.

Was bei der Linkspartei nur populistische Versuchung ist, ist bei der CSU tiefe innere Überzeugung: Die antieuropäische Grundhaltung. Wer in Deutschland von Schwarz-Grün redet, redet auch von der CSU. Und wer glaubt, dass mit CDU und CSU die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand überwunden werden kann, bei der Erbschaftssteuer, bei der Vermögensabgabe, der irrt. Wer Grüne Inhalte ernst nimmt, kann Schwarz-Grün nicht wollen.

9. *Eine Regierungsbeteiligung der Grünen ist nicht unwahrscheinlich. Hast Du einen Plan, welche Deiner Vorstellungen in der Regierung in den ersten beiden Jahren angegangen werden soll? Wenn ja, nenne bitte die wichtigsten drei!*

Die Bundestagsfraktion hat in einem zweijährigen Prozess Prioritäten für eine grüne Regierungsbeteiligung erstellt. Dabei haben wir an jedes Projekt zwei Anforderungen gestellt: es muss gegenfinanziert sein und es muss schlüsselfertig für eine mögliche Umsetzung sein. Herausgekommen sind insgesamt knapp dreißig Projekte, die wir Grüne in einer Regierungsbeteiligung umsetzen wollten - von einer Einbürgerungsoffensive über die Bürgerversicherung bis hin zu einem Rüstungsexportgesetz.

Drei zentrale Projekte daraus sind: der Mindestlohn - denn er ist die Vorbedingung für viele weitere Projekte wie die Anhebung der ALG II Regelsätze oder die Vermeidung von Altersarmut. Ein Klimaschutzgesetz, weil wir damit Deutschland endlich wieder zum Vorreiter beim Klimaschutz machen und einen verlässlichen Rahmen und Planungssicherheit für die Energiewende und für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft schaffen. Und schließlich die Umsetzung unserer steuerpolitischen Vorhaben - denn diese schaffen im Bund, in den Ländern und in der Kommune die Basis für mehr Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit.

10. *Noch nie zuvor haben auf unserer Erde so viele Menschen gehungert wie heute. Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO hungern weltweit über eine Milliarde Menschen - das ist ein inakzeptabler Rekord. Die Preise für Lebensmittel sind auf einem Rekordhoch. Das Klima verändert sich, immer mehr fruchtbares Ackerland geht verloren. Wasser und Energie werden zunehmend knapper und teurer. Die Landwirtschaft steht damit weltweit vor gewaltigen Herausforderungen. Welche Änderungen der deutschen Politik haltet Ihr für notwendig, damit im Süden die Menschen die Möglichkeit einer selbstbestimmten und würdevollen Entwicklung haben?*

Globale Gerechtigkeit beginnt hier bei uns. Besonders Menschen in weniger entwickelten Ländern leiden unter einer ungerechten, nicht nachhaltigen und ökologisch schädlichen Politik, die immer noch in vielen Bereichen bei uns betrieben wird. Unsinnige europäische Agrarexportsubventionen müssen zum Beispiel endlich abgeschafft werden.

Wir Grüne wollen eine menschenrechtsbasierte, nachhaltige Entwicklungspolitik. Denn nur so lässt sich globale Gerechtigkeit erreichen. Deutschland muss sein Versprechen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bis 2017

einhalten. Ich bin sehr zufrieden damit, dass wir es in der Projektgruppe Prioritäten geschafft haben, trotz begrenzter Mittel einen Auswachspfad der Entwicklungsmittel dazustellen, der dieses Ziel verwirklicht.

Es sind aber nicht nur klassische entwicklungs- und agrarpolitische Politikansätze, die verändert werden müssen. Zu Gerechtigkeit gehört auch ein reguliertes Finanz- und Bankensystem, das nicht ganze Gesellschaften in eine soziale Schieflage bringen kann, unter der die Benachteiligten am meisten zu leiden haben.

11. Die Forderung nach neuen Stromleitungen quer durchs Land wird mittlerweile so mantra-artig wiederholt, dass man skeptisch werden muss. Wie willst du die eigentlich grüne Idee von mehr Dezentralität in der Energieversorgung voran bringen?

Wer eine dezentrale Energieversorgung will, der muss sich zu allererst gegen den Ausbau der Kohlekraft einsetzen. Denn mit diesen unflexiblen Großkraftwerken für eine veraltete Stromversorgung für Jahrzehnte zementiert.

Wir Grüne sollten aber nicht dasselbe Spiel spielen wie die Bundesregierung: Die spielt Offshore-Wind gegen Onshore-Wind aus und will so ausgerechnet die günstigste und dezentralste Erneuerbare Energiequelle ausbremsen. Wir brauchen aber beides: Onshore und Offshore, größere Wind- oder Solarparks und die vielen kleinen Anlagen, am besten aus und in Bürgerhand. Wollen wir 100 % Erneuerbare ist Dezentral/Zentral kein Entweder-Oder sondern ein Sowohl-als-Auch.

12. Bist Du bereit, einer Vorschrift zuzustimmen, wonach Regierungsmitglieder und Abgeordnete innerhalb einer Karenzzeit von 3 Jahren nach Ausscheiden aus dem Amt keinen Vertrag mit einer natürlichen oder juristischen Person der Privatwirtschaft schließen dürfen, es sei denn ein paritätisch besetztes Gremium des Deutschen Bundestages gäbe hierzu seine Zustimmung? Letztere hätte davon abzuhängen, ob durch den Vertrag der Anschein erweckt werden könnte, dass es sich hierbei um eine Gegenleistung für frühere Tätigkeiten im Amt handeln könnte, durch die dem Vertragspartner Vorteile erwachsen sind. Die Existenz einer angemessenen Übergangsregelung für aus dem Amt scheidende Funktionsträger wird vorausgesetzt.

Eine dreijährige Karenzzeit sieht unser BDK-Beschluss aus Kiel vor. Danach darf innerhalb dieser Zeit keine Lobbytätigkeit ausgeführt werden, wenn dadurch Vorteile oder Belohnungen aus früheren Regierungstätigkeiten gezogen werden und in der die weitere Berufstätigkeit genehmigungspflichtig sein soll". Entsprechend dieser Eckpunkte sollten wir in der nächsten Legislatur einen neuen Anlauf für ein entsprechendes Gesetz machen. Die eigentliche Hürde dabei dürfte der - in der Frage genannte - "angemessene" Ausgleich für diesen Eingriff in die Berufs- und Gewerbefreiheit sein.

13. Wie stehst du zu den sogenannten "Friedenseinsätzen" der Bundeswehr im Ausland?

Ich habe mich schon in den 90igern dafür eingesetzt, dass wir Grüne eine Beteiligung der Bundeswehr an friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Einsätzen der Vereinten Nationen nicht kategorisch ausschließen, sondern unter konkreten Bedingungen mittragen. Diese Position ist von einer Reihe von BDKs

bestätigt worden. Interventionen können akutes Morden stoppen, Stabilisierungseinsätze können Zeitfenster für politische Lösungen schaffen - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Wir haben in den vergangenen zehn Jahren aber auch dazugelernt: Es gibt keine kurzfristigen Missionen. Zwar erteilt der Bundestag in der Regel einjährige Mandate. Tatsächlich ist der Beschluss zum Einstieg in einen Einsatz regelmäßig eine Entscheidung für mindestens ein Jahrzehnt. Und die Wirksamkeit solcher Einsätze wird oft massiv unterschätzt. Beides mahnt zu sorgsamer Abwägung und Zurückhaltung in der Zukunft und realistischer Einschätzung der eigenen Fähigkeiten.

14. Wann hast du das letzte Mal aufgrund neuer Argumente öffentlich eine eigene politische Position revidiert und zugegeben, einen Fehler gemacht zu haben?

In der Steuerpolitik: auch wir Grüne haben bei den Steuersenkungen der letzten rot-grünen Bundesregierung daran geglaubt, dass eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage die Senkung der Steuersätze kompensieren könne. Das war nicht der Fall und deshalb waren diese Steuersenkungen ein Fehler. Und deshalb habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Grünen ihre Beschlusslage in der Steuerpolitik weiterentwickeln und wir eine Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent fordern - so beschlossen auf der BDK 2011 in Kiel.

15. Welche konkreten Maßnahmen sind von den Grünen nach der Bundestagswahl zu erwarten, um in Deutschland einen Wandel zu einer nachhaltigen Mobilität voranzutreiben.

Unsere Mobilität nachhaltiger zu gestalten, ist eine zentrale Aufgabe für uns Grüne. Denn ohne nachhaltige Verkehrssysteme wird es keinen effektiven Klimaschutz geben. Energiewende ohne Verkehrswende - das geht nicht. Es geht dabei um einen Maßnahmenmix. Wir wollen mehr Elektromobilität. Über die Reform der Kfz-Besteuerung wollen wir die Markteinführung von Elektrofahrzeugen befördern. Wir wollen mehr Personen und mehr Güter auf die Schiene bringen: das setzt klare Investitionsschwerpunkte bei der Infrastruktur für den Erhalt und die Beseitigung von Engpässen, statt teurer Prestigebauten voraus.

16. In Parlamenten, vor allem im Bundestag, entsteht oft der Eindruck, dass nicht gemeinsam die politisch beste Idee verfolgt wird, sondern dass der rhetorische Schlagabtausch im Vordergrund steht. Die GRÜNEN machen da leider keine Ausnahme. Jede Äußerung eines Politikers einer fremden Partei wird möglichst öffentlich mit Hämme begleitet. Wann hast Du das letzte Mal öffentlich die Idee eines Mitglieds einer anderen Partei unterstützt und was wirst Du persönlich für eine erwachsenere Redekultur im Bundestag tun?

Ich bemühe mich bereits heute um eine erwachsene Redekultur. Aber zur Demokratie gehört auch der Streit um den besseren Weg und die eigene Position.

17. Wie wollt ihr das Problem mit der Endlagerung des Atommülls angehen?

Wir Grünen haben uns dafür eingesetzt und setzen uns dafür ein, dass es in Deutschland zu einem Konsens kommt, das Problem mit dem Atommüll zu lösen. Dafür bedarf es eines Endlagersuchgesetzes, das ergebnisoffen und transparent den bestmöglichen und sichersten Standort in Deutschland bestimmt. Dies gelingt nur, ohne Vorfestlegungen und das heißt auch, ohne Ausschlüsse. Ein

Endlagersuchprozess wird über mindestens ein Jahrzehnt gehen. Deshalb bedarf es eines parteiübergreifenden Konsenses.

Man wird aber nur einen Konsens über ein Endlagersuchgesetz erzielen können, wenn man sich von der einseitigen Vorfestlegung auf den Standort Gorleben- der ja unter anderem auch die Zeugenaussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages geprägt hat - endlich verabschiedet. Und wenn man aufhört ein Endlagersuchgesetz hinten rum als ein nachträgliches Gorleben-Legalisierungsgesetz auszugestalten.

18. Was wollt Ihr gegen die bevorstehende Altersarmut tun?

Aus Hungerlöhnen werden Hungerrenten - da hat Norbert Blüm recht. Hungerlöhne, Prekäre Beschäftigung, Minijobs treffen vor allem Frauen. Wer Altersarmut bekämpfen will muss da ran. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, wir müssen die Mini Jobs begrenzen und die Zeit- und Leiharbeit zurückfahren.

Wer aber sein Leben lang, oder aber mindestens 30 Jahre lang dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden hat, der darf am Ende nicht in der Grundsicherung landen. Er muss eine Rente sicher haben, die über Armutsniveau liegt. Dafür entwickeln wir gerade unser Konzept der Garantierente. Ich halte die Garantierente auch für eine Grundbedingung, damit die Rente mit 67 vertretbar ist. In der Garantierente sollen auch Ausbildungszeiten, einige Jahre Kindererziehung, Erwerbsunfähigkeitsjahre und Arbeitslosigkeit bei der Anspruchsvoraussetzung zählen. Damit wäre schon einiges gegen Altersarmut getan.

Rückwirkend wird es schwierig, die Ungerechtigkeiten und Fehlstellungen des (west-)deutschen Sozial- und Steuersystems jetzt durch die Rentenversicherung komplett auszugleichen. Deshalb müssen wir für die Zukunft allen Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt - u.a. durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur - und zu besser entlohnerten Jobs verschaffen, damit sie sich eigenständige Ansprüche in der Rentenversicherung aufbauen können.

19. Mache bitte drei Vorschläge, das Steuerrecht einfacher zu machen!

Oftmals geht es bei Vereinfachungsvorschlägen gar nicht darum, das Steuerrecht einfach zu machen. Die berühmte und auch so einfache Flat-Tax war eigentlich ein radikales Steuerentlastungskonzept für Besserverdiener. Und oft ist das Steuerrecht auch deshalb so komplex, weil es einen Wettlauf zwischen Gesetzgeber und Steuerberater um die kreativsten Ausflüchte und Tricksereien gibt. Also: ganz so einfach ist es auch mit der Einfachheit nicht.

Unser Konzept sieht anders aus. Der Abbau ökologisch schädlicher und sozial fragwürdiger Subventionen sorgt für eine massive Vereinfachung im Bereich der Unternehmens- Einkommens- und Mehrwertsteuer - siehe die entsprechende Frage oben.

20. Bist Du breit, im Rahmen der europäischen Entwicklung, weitere Aufgaben an Brüssel abzugeben? Wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Die klare Lehre aus der Euro-Krise heißt für mich: unsere gemeinsame Währung wird nur Bestand haben, wenn wir zu mehr Europa bereit sind. Dabei geht es um sehr konkrete und um sehr substantielle Entscheidungen. So brauchen wir eine

Bankenunion - denn in einem gemeinsamen Binnenmarkt ist es nur zum Wohle der Banken, wenn die Bankaufsicht national bleibt. Ich halte eine Europäische Aufsicht über alle Banken für notwendig, ebenso einen europäischen Bankenrestrukturisierungsfonds, der durch eine europäische Bankenabgabe finanziert wird. Eine weitere Lehre aus der Krise ist eine stärkere Angleichung der Steuerpolitiken - denn Haushaltskonsolidierung darf nicht nur über die Ausgabenseite erfolgen. Hier ginge es zum Beispiel darum, bestimmte steuerpolitische Entscheidungen in Zukunft nicht mehr nach den Einstimmigkeits- sondern nach dem Mehrheitsprinzip zu treffen.

Mehr Europa muss allerdings auch mehr - und zwar mehr europäische - Demokratie bedeuten. Das heißt zum einen, dass wir das europäische Parlament stärken müssen. Und das heißt zum anderen, dass wir den Weg zu Mehr Europa demokratisch gestalten - durch einen Europäischen Konvent zur Zukunft Europas und durch eine europäische Volksabstimmung über das Ergebnis. Mit Merkels Hinterzimmerpolitik machen wir Grüne Schluss.

21. Liebe Kandidaten, was macht Ihr, um die Verschmutzung durch Kunststoff- und Plastikartikel zu reduzieren, die weltweit ein unerträgliches Ausmaß angenommen hat? Wäre es z. B. ein guter Anfang, Plastiktüten zu verbieten?

Es gibt eine einfache Strategie gegen Kunststoff- und Plastikmüll und die heißt Weg vom Öl. Stattdessen sollten nachhaltige, recyclebare Stoffe zum Einsatz kommen. Obwohl es längst Alternativen in Form von Biokunststoffen aus nachwachsenden Rohstoffen gibt werden Kunststoffe nach wie vor fast ausnahmslos aus Erdöl gefertigt. Diese Biokunststoffe gilt es zu stärken. Dafür wollen wir die Ökosteuer-Befreiung von nicht-energetischem Roh-Öl abschaffen. Fallen müssen endlich auch Schranken wie etwa jene im Abfallrecht, die verhindern, dass Biokunststoffe ihre Stärken ausspielen können.

*22. Sollen Deiner Meinung nach religiöse Institutionen weiterhin das Recht haben, Mitarbeiter*innen aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität zu diskriminieren und wenn nein, welche konkreten Schritte würdest Du vorschlagen, um diese Problematik zu lösen?*

Siehe die Frage zur Trennung von Kirche und Staat. Wenn insbesondere die katholische Kirche ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Bekanntwerden ihrer sexuellen Orientierung massiv unter Druck setzen kann und mit dem Rauswurf droht, passt das nicht in unsere moderne Gesellschaft. Wir sind da schon viel weiter, das müssen auch die Kirchen endlich einsehen und aufholen. Einen wichtigen Schritt sehe ich darin, die Ausnahmeklauseln für Kirchen im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz enger zu fassen.

23. Was werdet Ihr unternehmen, um das marode und vor allem mittelalterliche Bildungssystem umzugestalten?

In unseren Ländern unternehmen Grüne sehr viel, um ein modernes, chancengleiches Bildungssystem zu gestalten. In den vergangenen Jahren haben wir so durch unsere Regierungsbeteiligung auf Landesebene schon viel erreichen können. Auf Bundesebene haben wir nur wenige Möglichkeiten, Einfluss auf das Bildungssystem zu nehmen. Eine Möglichkeit ist die Abschaffung des Kooperationsverbots, um endlich wieder die Möglichkeit zu haben, beispielsweise Ganztagschulen zu fördern. Und es geht darum, auch auf Bundesebene die Voraussetzungen für mehr Investitionen in Bildung zu schaffen. Dazu müssen wir

die strukturelle Unterfinanzierung des Gemeinwesens überwinden – durch einen Dreiklang aus Subventionsabbau, Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen.

24. Was halten sie vom derzeitigen Rauschmittelgesetz, ist es richtig Cannabis zu kriminalisieren und das obwohl es wahnsinnige ökonomische Vorteile aufweisen würde und gegen über Ethanol keine körperliche Abhängigkeit aufweist? Ebenfalls würde damit der Schwarzmarkt, welcher in Deutschland schon mehrere Menschen auf dem Gewissen hat seine wichtigste Wurzel verlieren?

Ich bin für eine Entkriminalisierung in der Drogenpolitik. Der „war on drugs“ hat in den letzten 40 Jahren weltweit unzählige Menschenleben gefordert und konnte die Verbreitung von Drogen doch nicht stoppen. Deshalb setze ich mich ein für Prävention und Therapie statt Repression und Kriminalisierung. Denn damit mindern wir den Nachfragedruck und schlagen den internationalen Dealern ein Schnippchen. Darüber hinaus brauchen wir Bereiche des Freiverkaufs sogenannter weicher Drogen und kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen.

25. Viele Kommunen nagen am Hungertuch und müssen (oder würden gerne) dennoch immer mehr Aufgaben übernehmen. Wie soll die Finanzsituation der Kommunen verbessert werden und diese und auch alle anderen Behörden vom immensen bürokratischen Ballast befreit werden?

Nirgendwo sonst hat die Politik einen so direkten Einfluss auf die Menschen wie in den Kommunen. Es ist deshalb eine Gefahr für unsere Demokratie, wenn in den Kommunen nur noch der Rotstift regiert. Der Rat der Stadt Göttingen verfügt zum Beispiel nur noch über 3,5 Prozent des Budgets. Wir müssen deshalb die strukturelle Unterfinanzierung unseres Gemeinwesens und gerade der Kommunen beenden. Mit dem in Kiel beschlossenen grünen Steuerkonzept aus Subventionsabbau, Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen würden die Kommunen um über 1,5 Milliarden Euro - und die Länder um 9 Mrd. - entlastet. Darin sind Mehreinnahmen durch die Reform der Gewerbesteuer und die Veränderung der Grundsteuer noch nicht eingerechnet. Und im Prioritätenprozess der Bundestagsfraktion haben wir noch einmal zusätzlich 1 Mrd. € eingeplant, um die Kommunen bei den sozialen Kosten zu entlasten.